

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,  
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge etc. sind  
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pf.; durch  
die Post bezogen 90 Pf. Expedition und Druck  
von Joh. van den Kerkhof, Bldg. Straße 65.  
3322222 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 21      Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.      Düsseldorf, den 26. Mai 1906.      Fernsprech-Nummer 4423.      8. Jahrgang.

## Im Zeichen der Aussperrungen.

Trotzdem einsichtige Gewerkschaftsführer sich schon öfters gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai ausgesprochen haben, sind in diesem Jahre am „Maiseiertag“ doch viele zehntausend Arbeiter aus den verschiedensten Berufen ihren Arbeitsstätten fern geblieben. Die Folge zeigt sich jetzt in den zahlreichen Aussperrungen, die aus allen Teilen Deutschlands und auch vom Ausland gemeldet werden. Da schon seit langer Zeit in der Metallindustrie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern das Verhältnis ein sehr gespanntes ist, und da hier bereits große Arbeitskämpfe vor dem 1. Mai ausgebrochen waren, so verschlechterten sich infolge des „Maiseiertages“ die Beziehungen zwischen beiden Gruppen von neuem, und in der Metallindustrie sind denn auch die meisten Aussperrungen erfolgt. Allein in Berlin wurden 16 000 Metallarbeiter ausgesperrt, und im Verhältnis zu der Größe der Städte sind die Aussperrungen an anderen Orten kaum geringer. Weiter will der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in einigen Tagen sämtliche in den Fabriken der Einzelmitglieder beschäftigten Metallarbeiter aussperrn, falls nicht an den Orten, in denen die Metallarbeiter im Streik stehen, eine Einigung zustande kommt. Dabei würden weit über 300 000 Metallarbeiter in Betracht kommen, und da das Aussehen der Betriebe in der Metallindustrie auch Arbeitsruhe in anderen Betriebsarten zur Folge haben müßte, würde diese allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter weit über den Umfang hinausgehen, unter denen auch zehntausende aus anderen Berufen zu leiden hätten. Dieser Arbeitskämpfe würde einen Umfang annehmen, wie ihn selbst der Bergarbeiterausstand vom vorigen Jahre nicht hatte. Auch im Holzgewerbe sind einige Tausend ausgesperrt zu werden und ebenso in anderen Berufen in geringerer Anzahl. Nicht allzu groß ist die Zahl der Aussperrungen und der Aussperrten im Baugewerbe, trotzdem sowohl Maurer und Zimmerer, als auch die anderen Bauhandwerker und die Hilfsarbeiter wie in früheren Jahren, so auch diesmal ein großes Kontingent zu der Arbeitsruhe stellen. Dies ist in erster Linie zurückzuführen auf die günstige Konjunktur im Baugewerbe; da die Aufträge drängen, wollen die Arbeitgeber nicht durch Aussperrungen Zeit und Arbeitskräfte verlieren. Ueberhaupt ist im Baugewerbe das Bestreben sichtbar, vorläufig noch die Arbeitgeberorganisationen zu stärken, um später einen Kampf mit den Arbeiterverbänden wagen zu können. Erst nach Ablauf der meisten jetzt bestehenden Tarifverträge im Jahre 1908 wird der Hauptkampf zwischen den Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe erwartet. Dazu wird auf beiden Seiten getüftelt. Im Berliner Buchbindergewerbe hat die Maiseier der Gehilfen zur Tarifaufhebung geführt, da sich die Arbeitgeber infolge der Arbeitsunterbrechung am 1. Mai nicht mehr an den Tarif gebunden erachteten. Es bleibt abzuwarten, ob das Leipziger Tarifamt sich zu dieser Auffassung bekennt und ob auch die Tarifverträge der Buchbinder in Stuttgart und Leipzig, die zugleich mit dem Berliner Vertrag abgeschlossen wurden und mit ihm eine Einheit bilden, für aufgehoben erklärt werden. Besonders hier bei dieser Tarifverletzung sieht man, daß die alte Bedenken vom „Maiseiertag“, in die Praxis überführt, schweren Schaden für die Arbeitgeberorganisationen bringt. Während sich die Organisationen das ganze Jahr über bemühen, Tarifverträge zustande zu bringen, durch welche stabile Arbeitsverhältnisse eingeführt werden, können alle diese Bemühungen durch die Arbeitsruhe am 1. Mai wieder vereitelt werden. Besonders im Buchbindergewerbe, in dem sich die Gehilfen seit Jahren vergeblich bemüht haben, den für Berlin, Leipzig und Stuttgart bestehenden Vertrag weiter auszuweiten, wäre größere Vorsicht sehr am Platze gewesen. Im übrigen läßt sich überall erkennen, daß eine einigermaßen zureichende Beteiligung an der Arbeitsruhe nur zu Zeiten günstiger Geschäftskonjunktur durchzuführen ist, da es sich dann meistens nur um einen Wechsel der Arbeitsplätze handeln kann. Bei ungünstigen Zeiten müßten die Gewerkschaften für die Aussperrten anlässlich der Maiseier so vielfache Unterhaltungen anbringen, daß selbst die Klassen der beständigsten Organisation bald leer sein würden.

## Tarifverträge — gewerbliche Friedensdokumente.

Unzählige Lohnkämpfe, Streiks und Aussperrungen mit ihrem Gefolge von Erbitterung, Not und Elend würden vermieden werden, wenn durch die Schaffung fester Lohnsätze mit vereinbarter Gültigkeitsdauer dem Ausbrechen schwerer Kämpfe auf allen möglichen gewerblichen Gebieten vorgebeugt würde. Man weiß, daß die deutschen Bundesländer in dieser Beziehung halbwegs vorgegangen sind. Die Abneigung der Arbeitgeber gegen derartige feste Tarife, der man immer noch vielfach begegnet, wurzelt bei den meisten Widerstrebenden in der sozial rückständigen Anschauung, daß der Arbeitgeber höhere Herr im eigenen Hause“ zu sein, wenn er mit den Arbeitnehmern auf dem Fuße der wirtschaftlichen Gleichberechtigung verhandelt. Mehr und mehr schwindet allerdings diese sozialpolitisch unfertige Ansicht. Denn die Vorteile bestehender Tarifgemeinschaften sind so offenkundig, daß die überzeugende Kraft ihrer Zweckmäßigkeit sich auch den schwerfälligeren Elementen unter der Arbeitgeber-

schaft bemerkbar macht. Diese festen Tarife wirken in der Tat als soziale Aufheberschraube. Sie schaffen stetige Verhältnisse, mit denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf längere Fristen rechnen können, so daß sie sich danach mit ihren geschäftlichen Dispositionen und mit ihrer Lebenshaltung einzurichten vermögen. Die der Tarifgedankte zum Vorteil des Gewerbes fortschreiten, davon geben sowohl die Berichte der Gewerkschaften als auch manche den Arbeitgeberstandpunkt vertretende Instanzen Zeugnis. Nach der Beendigung des Kampfes in der sächsisch-thüringischen Textil-Industrie äußerte sich der Verein der deutschen Textilveredelungsindustrie, dessen Mitglieder besonders im westlichen Deutschland ihren Sitz haben, nachstehende Textilarbeiter und Arbeitgeber unter anderem wie folgt: „Weider ist aber nicht zu hoffen, daß die Ruhe für längere Zeit in die sächsische Textilindustrie zurückgeführt ist; dagegen spricht die verhältnismäßige Niedrigkeit des dortigen Lohnniveaus. Es wird der sächsischen Industrie nichts übrig bleiben, als im Wege von Konventionen ihre Verkaufspreise in die Höhe zu setzen, selbst auf Kosten ihres heutigen Renommées, besonders billig zu sein, um höhere Löhne zu zahlen. Bei der heutigen Lage in Deutschland ist nicht anzunehmen, daß die organisierte Arbeiterschaft noch längere Zeit so große Lohnhöhen, wie sie noch heute im Reichsgebiete bestehen, zulassen wird. Bei mäßiger Beurteilung liegt es aber auch namentlich im Interesse der Industrie, die wie die westliche, bereits höhere Produktionskosten hat, daß die Lohnhöhen keine zu großen Unterschiede aufweisen. Im übrigen zeigt auch dieser Streik wieder, wie notwendig es ist, daß die Regierung alle Mittel und Wege erhebt, um auf Basis anerkannter Berufsorganisationen den Abschluß seiner Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft herbeizuführen. Jedenfalls sieht man kein anderes Mittel, um den sozialen Frieden einigermaßen zu sichern.“

Ein bemerkenswertes Urteil über die Tarifverträge zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer fällt das Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie, d. i. der Jahresbericht der Handelsvertretung der Westfalen der Berliner Kaufmannschaft für das Jahr 1904. Dort lesen wir u. a.:

„Die Arbeitsverträge werden um so dauerhafter sein, je sicherer man ist, daß ihr Inhalt den Meinungen der beiderseitigen Organisationen entspricht. Es ergibt sich der sogenannte kollektive Arbeitsvertrag (Tarifvertrag), gewissermaßen das Schema, das dem einzelnen Arbeitsvertrage zugrunde gelegt wird, und dessen Anwendung die Gewähr dafür bietet, daß die beiderseitigen Organisationen nicht störend eingreifen. Jeder einigungsamtliche Vergleich, der im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung auf Grund Art. III des S.-G. zwischen zwei Organisationen zustande kommt, ist ein verarbeiteter kollektiver Arbeitsvertrag. Bewährt sich der kollektive Arbeitsvertrag in solchen Fällen als Mittel gegen den Wiederausbruch von Konflikten, so wäre es wenig weise, nicht von dem nachträglichen Hilfsmittel zum Vorbeugungsmittel fortzuschreiten zu wollen. In der Tat wehren sich in unserem Korporationsstaat die Fälle, in denen Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen, ohne vorausgegangenes Zusammenhelfen und ohne Vorwissen der Behörden, sich im voraus darüber verständigen, welche Bedingungen über Lohn, Arbeitszeit, Kündigungsfrist, Zeit und Ort der Lohnzahlung u. a. m. während einer bestimmten Periode gelten sollen.“

Wenn in allgemeinen der Friede dauerhaft geworden ist, so verstanden wir das zum größten Teil der immer häufiger werdenden Einigung von dauernden Schlichtungskommissionen, mit denen in keinem Teile Deutschlands so früh und so allgemein begonnen worden ist, wie in unserm Korporationsstaat.“

Schicht befriedigt über die Wirkungen der Tarifverträge äußert sich in einem Gutachten der Berliner Verband der Baugewerksinnungen. Es heißt darin u. a.:

„Der Hauptzweck des Vertragsabschlusses ist die Herstellung ruhiger, geordneter Arbeitsverhältnisse, die Verhinderung von Sperrungen und die Beseitigung von Differenzen auf friedlichem Wege. Mit der Berliner Tarifgemeinschaft ist dieser Zweck, sobald sich dieselbe bei den Parteien eingeführt hatte, und dieses geschah — ein Zeichen des Bedürfnisses — in überraschend schneller Weise, zufriedenstellend erreicht. Es ist auch gelungen, einem drohenden Abnehmen der Arbeitsleistung durch Einführung einer Leistungsabgabe, die sowohl einen moralischen als auch praktischen Wert besitzt, vorzubeugen. Die durch den Vertrag enthaltene Kalkulationsfähigkeit hat die Berufstreue und den Unternehmungslust belebt; die Konkurrenzschwäche können sich mit ihren Unterbietungen nicht mehr in so ungeheurer Weise wie früher auf Lohnreduktionen und dergleichen stützen. Wesentliche gute Erfahrungen wie in Berlin sind aber auch an anderen Orten mit den Tarifgemeinschaften gemacht worden, vor allem haben auch Dank den Tarifgemeinschaften die vielen, unheimlichen Klagen vor dem Gewerbegericht erheblich abgenommen.“

Ebenfalls sehr gute Erfahrungen mit der Tarifgemeinschaft hat das Tarifamt der Cheminotaphen- und Kupferdrucker-Tarifgemeinschaft. In seinem zweiten Jahresbericht heißt es:

„Mit dem Abschluß des Tarifs ist mehr erreicht worden, als man ursprünglich damit beabsichtigte, nämlich: einer weiteren Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses vorzubeugen! Die Unzufriedenheit des Einzelnen wird reichlich weitgemacht durch die Erreichung des beabsichtigten Zweckes und durch die Beseitigung des allgemeinen Arbeitsverhältnisses. Tarifkämpfe haben sich durch die Einführung und Durchführung des Tarifs nicht entwickelt. Zwar ist es in den einzelnen Anstalten wegen Nichtbeachtung der eingegangenen tariflichen

Verpflichtungen zur Abmildung seitens der Personale gekommen, es hat sich dabei aber fast ohne Ausnahme immer um Anstalten gehandelt, die von jeher schon außer der Reihe einer gewissen gewerblichen Ordnung marschierten und geschäftlich gern gemieden wurden. Zum Teil blieb es bei der Sperrung dieser Anstalten, und zum anderen Teil kam eine Beilegung des Konfliktes durch die Tariforgane zustande. Erstere können für die Tariforgane kaum in Betracht, und ist eine derselben jetzt ganz von selbst gesungen, ihre Tätigkeit einzustellen.“

Die Prinzipale haben mit der Tarifgemeinschaft eine Preisabmachung (sämtliche Prinzipale sind an bestimmte Preissätze gebunden) verbunden. Die organisierten Arbeiter zwingen etwaige Schnupstouren zur Unterhaltung der Preise. Im Berichtsjahr kam ein derartiger Fall vor, indem bei einer Firma alle Gehilfen kündigten. Diefem Zusammenstoß gegenüber gab die Firma auch nach und ging die verlangten Verpflichtungen ein, so daß nach vor Ablauf der Kündigungsfrist eine Beendigung des Streikfalles durch das Tarifamt erfolgen konnte.

Im übrigen, heißt es in dem Bericht weiter, trifft bezüglich der Preisabmachung das zu, was wir im vorigen Bericht für deren Durchführung als wahrscheinlich voraussetzten: „Allein die Tatsache des Bestehens einer solchen Zusammenwirkung der im Gewerbe maßgebenden Organisationen wird genügen, um auch für die Frage der Notwendigkeit einer neuen Preisabmachung, ohne die eine Durchsetzung und Einhaltung der tariflichen Bestimmungen nicht von Bestand wäre, das richtige Verständnis und den so nötigen Zusammenstoß herbeizuführen.“

Jedenfalls kann man annehmen, daß sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber bei dem Tarife gut fahren. Die Tarifbewegung geht und muß ihren Weg gehen. Die gewerblichen Zustände selbst drängen dahin. Wer heute nicht durch Worte zu befehlen ist, den befehlen morgen die Tatsachen der Entwicklung. Wie erklärt sich denn angesichts dessen der Widerstand der meisten Arbeitgeber gegen Tarifabschlüsse? Sie kennen deren Nutzen nicht und wollen sich nicht befehlen lassen! Die bitterste Wille für die meisten ist wohl, daß der Abschluß eines derartigen Vertrages die Anerkennung der Arbeiterorganisation zur Voraussetzung hat, und jeder wollte sie wirtschaftliche Nachteile mit in den Kauf nehmen, als das zu tun, was man selber nicht konnte. An den Arbeitern ist es, das Material über den Nutzen der Tarifgemeinschaften, sowie die gutachtlichen Äußerungen seitens der Arbeitgeber wie der Behörden fleißig zu sammeln. Schließlich gehört doch der Sieg der Vermunft.

## Der „Maiseiertag“ und seine Folgen.

Zu diesem Thema liefert der christliche Schuhmacherverband folgenden Bericht:

In der Frankfurter Schuhfabrik von Otto Herz und Co., wo im vorigen Jahre mittelst geheimer Abstimmung mit Majorität die Arbeitsruhe am 1. Mai verworfen wurde, haben in diesem Jahre die „Genossen“ recht frühzeitig versucht, eine allgemeine Arbeitsruhe des Betriebes herbeizuführen. Etwa ein halbes Duzend Betriebsverammlungen, in denen der nötige Tamam geschlagen wurde, wurden abgehalten und die „Mühseligkeit“ der Maiseier klargelegt. Als Abschluß des Ganges kam eine Unterschriftsammlung, die aber Namen aufwies, deren Träger gar nichts von der Einzelzeichnung wußten und auch Niemand mit der Eintragung beauftragt hatten. Es war also geschwindelt worden. Die Firma erklärte durch Anschlag, wer am 1. Mai feiert, wird sofort entlassen. Von den insgesamt etwa 430 beschäftigten Personen blieben trotzdem 240 Personen am 1. Mai von der Arbeit fern, während der Rest arbeitete. Unter den letzteren befanden sich eine Anzahl Mitglieder des sozial. Schuhmacherverbandes, mehrere Vertrauensleute der sozialdem. Partei, ein sozialdemokratischer Stadtvorordneter, sowie ein Aufsichtsratsmitglied des sozialdem. Gewerkschaftshaus in Frankfurt a. M. Also selbst bei diesen Größen hat die Maiseier keinen Anschlag gefunden, ein Zeichen, daß ihr Wert ein recht zweifelhafter ist. Am 2. Mai hat nun die Firma auf Grund ihrer Belantrachtung die Feiern alle entlassen. Nur diejenigen, die einen Revers unterzeichnet, wonach sie während der Beschäftigung bei Herz nie mehr am 1. Mai feiern wollten, konnten wieder anfangen. Von diesem Anerbieten hat nun ein Teil der Entlassenen Gebrauch gemacht und den Revers unterzeichnet.

Die „Aussperrten“ haben daraufhin, sowie auch um ein Kampfbündnis zu haben (allerdings ein recht zweifelhaftes) beschlossen, der Firma folgende Forderungen zu unterbreiten: eine 15-prozentige Lohn-erhöhung, 9-stündige Arbeitszeit, Freigabe des 1. Mai sowie Wiedereinstellung sämtlicher Entlassenen. Mittlerweile hat nun die Firma herausgefunden, daß der bis dato ziemlich gut funktionierende und seit 20 Jahren bestehende Arbeiterausschuß die Arbeiter Arbeiterausschuß den Vorstoß gemacht, an Stelle des 1. Mai, den Pfingstmontag zu feiern und den dadurch bedingten Lohnausfall in voller Höhe zu vergüten. Das verweigert der Arbeiterausschuß den Arbeitern, erklärte aber der Firma, die Arbeiter leisten Verzicht auf den vierten Pfingstfeiertag, sie wollen den 1. Mai feiern. Infolge dieser Unehelichkeit verfiel der Arbeiterausschuß der Auflösung. Zu den seitens der Aussperrten aufgestellten Forderungen hat die Firma überhaupt nicht Stellung genommen. Sie brauchte das um so weniger, als

ihre Löhne zum mindesten mit den andern Firmen gleich stehen, dann auch, weil es den „Genossen“ weniger ernst mit den Forderungen war. Das geht schon daraus hervor, daß bei den inzwischen aufgenommenen Verhandlungen, die zwischen der Firma und dem Vorsitzenden des sozialdem. Schuhmacherverbandes gepflogen wurden, dieser Punkt kaum erwähnt wurde, sondern der Hauptmoment die Aufhebung und Zurückziehung des Reverses war. Die Firma bestand aber auf den Revers, nur erhielt er eine weniger traurige Fassung, dahingehend, daß alle Wiederankommenden sich unterwürdiglich verpflichten müssen, ohne Zutun in Auftrag der Firma am 1. Mai nicht mehr zu feiern. Es ist also das, was, nur mit andern Worten. Damit erklärte sich auch der Zentralvorsitzende einverstanden, wenigstens trat er in einer Versammlung unter diesen Umständen für die Wiederaufnahme der Arbeit ein, die auch mit 105 gegen 90 Stimmen beschloffen wurde. Die anfänglich so mutigen „Genossen“ haben durch diesen Beschluß schon alles drauß gegeben. „Nette sich vor kam“, war ihre Parole. Die Unterzeichnung des Reverses in der gemilderten Form wurde also beschlossen und die Niederlage gestemmt. Diese Niederlage ist um so größer und für einen Teil der Aussperrten um so empfindlicher, als die Firma sich das Recht vorbehalten, nach Bedarf und nach Belieben die Leute einzustellen und erklärte, etwa 25 Personen überhaupt nicht wieder einzustellen. Auch diesem hat man, wenn auch mit schwerem Herzen, in der entscheidenden Versammlung, auf Vorschlag der Organisationsleitung, zugestimmt. In Wirklichkeit sind denn auch bis jetzt nur die Zuschneider zur Arbeit zugelassen worden, von denen aber zwei überhaupt nicht mehr. Nach und nach sollen, wie schon erwähnt, je nach Bedarf auch die übrigen Kategorien folgen.

Die „erzwungene“ Maiseier hat ersichtlich einen für die Beteiligten recht unangünstigen Ausgang genommen, einen Ausgang, der besonders hart die Nichtwiedereinstellten trifft. Sondernar ist auch das Verhalten der Führer der sozialdem. Schuhmacherorganisation gewesen. Erst haben sie mit vollen Waden für die Arbeitsruhe plädiert, die Leute aufgeschreckt und mit sanftmütigen Worten aufgeheitert, einen Teil der Arbeiter ins Unglück gestürzt, um hernach mit geradezu arbeiterrätischen Worten die Leute zu einem tiefbeschämenden Frieden zu bewegen. Und das nennt sich Arbeitervertreter!

## Hochmals der verflorene Kampf in der Baumwollindustrie Müllhaufens.

Die Pflicht der Wahrhaftigkeit scheint von uns jern „roten Freunden“ nicht nur dem Gegner, sondern selbst den eigenen Parteigenossen gegenüber nicht mehr anerkannt zu werden. Zu dieser Ueberzeugung gelangt man unwillkürlich, wenn man die unwarhene, teils verheimlichte Auslassungen der „Genossen“ über die verflorene Bewegung in der Müllhaufener Baumwollindustrie verfolgt. Nehmen wir z. B. die Zeilage zu Nr. 19 des „Textilarbeiter“ zur Hand. Dort wird in einem Artikel, „Der Sieg des Müllhaufener Textilarbeiter“, zunächst die „bürgerliche Schenckpresse“ für die „kein Platz in einem Arbeiterheim sein kann“, ganz allgemein heruntergerissen und das sozialdemokratische Parteiorgan über den grünen Ast gelobt. Darüber will aufzuhalten, haben wir keine Veranlassung, wird doch heute in den „freien“ Gewerkschaften die Propaganda für die sozialdemokratische Parteipresse systematisch betrieben. Dies erfordert der „Neutralitätsbegriff“ dieser Leute. Darauf folgt die Behauptung, die Zenträmmer, unter Führung des „christlichen“ Gewerkschaftssekretärs Franz Fischer, hätten „im Verein mit den bürgerlichen Demokraten“ gegen den von der sozialdemokratischen Mehrheit gegebenen Beschluß, die Textilarbeiter gegen einen Tagelohn von 2,60 M. pro Tag bei der Stadt zu beschäftigen, gestimmt. Auf Grund dessen sei dann seitens des Bezirkspräsidenten diesem Beschluß die Sanktion verweigert worden. Diese Behauptung ist eine direkte Unwahrheit. Der Sachverhalt ist folgender:

Die sozialdemokratische Mehrheit beantragte zunächst, daß alle über 18 Jahre alten Feiern zu und ausgesperrten Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, ob immerhalb oder außerhalb Müllhaufens wohnhaft, ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit, innerhalb 14 Tagen nach Möglichkeit durch die Stadt beschäftigt werden sollten. Der Minimallohn sollte 2,60 M. betragen und auch dann zur Auszahlung gelangen, wenn Ungunst der Witterung die vorübergehende Einstellung der Arbeit benötigte. Die Arbeiter brauchten in dem Fall nur morgens an der Arbeitsstelle anzutreten und den Minimallohn von 2,60 M. in Empfang zu nehmen. Für die Arbeiterinnen sollte ebenfalls möglichst Arbeit geschaffen und — falls dies nicht angängig, dieselben auf die Armenunterstützung hingewiesen werden. Der Bürgermeister erklärte, seine Zustimmung zu dem Antrag in der vorliegenden Fassung nicht geben zu können. Schon die Begründung des Antrages bilde die einschneidende Parteimahme zugunsten der Arbeiter; der Antrag selbst überschreite die Aufgaben und Befugnisse der Stadtverwaltung resp. des Gemeinderats. Vergebens wurde darauf hingewiesen, daß angesichts dessen der Antrag niemals die Befähigung des Bezirkspräsidenten und infolgedessen die Angelegenheit nur zu Ungunsten der Arbeiter beschleppt werde. Vergebens wurden die „Genossen“ an-

die Undurchführbarkeit ihres Antrages aufmerklich gemacht. Sie bekehrten auf demselben und nahmen ihn auch an. Der von Gewerkschaftssekretär Meyer und vom demokratrischer Seite gestellte, nach Lage der Dinge einzig vernünftige Antrag, eine Kommission mit der Aufgabe zu betrauen, Mittel und Wege zur Unterstützung resp. Beschäftigung der in Not geratenen Arbeiter ausfindig zu machen, wurde von den vollen Volksbegünstigern abgelehnt.

Was war die Folge? Wie voraussichtlich war, wurde der sozialdemokratische Antrag vom Bezirkspräsidium nicht befristigt und die Angelegenheit hierdurch verfahren: die „Genossen“ hatten den Arbeitern Steine statt Brot gereicht.

Ein weiterer Antrag der Genossen verlangte nummehr Bewilligung eines Kredites von 40.000 Mk. zur Herstellung einer Fabrikstraße im Tannwald. Die Arbeiter waren als Notstandsarbeiten gedacht. Des weiteren wurde die Finanzierungsfrage einer Reihe anderer Arbeiten zur Beschäftigung empfohlen. Auch dieser Antrag war zum größten Teil undurchführbar, in seiner Lagweite im Moment nicht zu überschauen und lediglich auf Agitation berechnet. Von Gewerkschaftssekretär Fischer wurde vorgeschlagen, den Kredit von 40.000 Mk. zu bewilligen und die übrigen Vor schläge einer Kommission zu überweisen. Uebel oder wohl mußten sich die Genossen damit einvernehmen erklären, wollten sie nicht ihr arbeiterfähigendes Treiben offen enttillen. In einer späteren Kommissionsprüfung stellte sich dann heraus, daß von all den übrigen von den Genossen gemachten Vorschlägen kein einziger durchgeführt werden konnte. Abgelehnt wurde dann noch der von bürgerlicher Seite gemachte Vorschlag, 20.000 Mk. zur Verteilung von Lebensmitteln zu bewilligen. Während an den Notstandsarbeiten kaum 40 Arbeiter vor Anwendung der Bewegung Beschäftigung fanden, wurden von den 20.000 Mk. etwa 900 Arbeiterfamilien mit Lebensmitteln versehen und so tatsächlich vor der dringlichsten Not geschützt. Alles in allem genommen hat die von den Genossen mehr zu Agitationszwecken inszenierte „Hilfsaktion“ tägliches Leid erlitten. Wären nicht die bürgerlichen Gemeindeväter der Arbeiterfamilien sich eifrig bemüht gewesen, den Arbeitern zu helfen, so wäre jedenfalls überhaupt nichts geblieben.

Wir stellen also hiermit fest, daß die Genossen unter Führung des „christlichen“ Gewerkschaftssekretärs Franz Fischer für den Kredit von 40.000 Mk., also folglich auch für die Beschäftigung ausgegrenzter Arbeiter bei der Stadt und für die 20.000 Mk. zur Verteilung von Lebensmitteln an bedürftige Arbeiterfamilien gescheitert sind. Die gegenteilige Behauptung des Gewerkschaftssekretärs „Textilarbeiter“ ist Gespinnst.

Surchbar aufgeregt“ sollen wir uns auch haben, weil man uns während der Bewegung ignorierte. Der gute Mann ist im Irrtum. Der organisatorische Erfolg wäre für uns bei gemeinsamem Vorgehen kaum so großartig gewesen, wie dies tatsächlich der Fall war. Von diesem Standpunkt aus brauchen wir uns also über die Ignorierung nicht im geringsten aufzuregen. Wohl aber haben wir uns gründlich auf die Arbeiterinteressen der selbstgeschicklichen Progenstandspunkt des „freien“ Verbandes gebührend gebrannt. In dem erwähnten Artikel wird dann auch verurteilt, den eigentlichen Beweggrund, der die „Freien“ zur Ignorierung der „Christlichen“ veranlaßte, zu verifizieren.

Man schließt einige nicht einwandfreie Artikel der „Landeszeitung“ vor. Nun ist letztere aber kein Gewerkschaftsorgan, sondern eine politische Tageszeitung, die einfach ihre Spalten den christlichen Gewerkschaften zur Verfügung stellt. Letztere aber für den Inhalt der „Landeszeitung“ verantwortlich zu machen, ist Unfug. Nein, der eigentliche Beweggrund für das verwerfliche Vorgehen der „Freien“ liegt tiefer. Aus prinzipiellen Gründen, weil wir uns gegen uns organisieren, deswegen will man von einem gemeinsamen Vorgehen nichts wissen. Dies hat ja Gewerkschaften gelegentlich der Markischer Bewegung ausdrücklich zugesagt. Obgleich betonte Genossen gleich vorigen Herbst schon einen christlich organisierten Metallarbeiter gegenüber, man werde die kommende Bewegung in Mühlhausen als günstige Gelegenheit benutzen, um die Christlichen an die Wand zu drücken. Die Bosse der beläugerten Arbeiter, wie sie der Artikelschreiber im „Textilarbeiter“ zu spielen beliebt, ist also vollständig deplatziert.

Interessant ist, wie nach der Bewegung die erwarteten Erfolge im Munde der Genossen geworden sind. Zehntausendständige Arbeitszeit ohne Lohnausfall bedeuere die eigentliche direkte Ertragsausbeute des Kampfes. Für den Ausfall der halben Stunde wurde allgemein eine 20prozentige Lohnzulage bewilligt. Das ist zu wenig, um zu prahlen, speziell angesichts der tönenden Phrasen, die man während des Kampfes gedroschen hat. Doch unsere Genossen wissen sich zu helfen. Nur Lumpen sind bescheiden. Aus der „Landeszeitung“ wird eine 20- bis 25prozentige Lohnzulage gemacht. Damit ist man z. B. in Colmar und Vörsch krebten gegangen. Was für glückliche Perle die Mühlhäuser sind, werden unsere auswärtigen Kollegen denken. Uns soll nicht wundern, wenn letztere in nächster Zeit massenhaft nach Mühlhausen strömen, um sich in diesem „Edorado“ der Textilindustrie niederzulassen. Der Artikelschreiber im „Textilarbeiter“ gibt sich indes mit etwas weniger zufrieden. Nach ihm sind allgemein 10% Lohnerhöhung bewilligt worden. So sehr wirs den Arbeitern gönnten, wir möchten auch dies als Gelingen bezeichnen. Die allgemein zugestimmte Lohnzulage beträgt 5%. Tatsache ist nur, daß die Firma Frey u. Cie. vom 1. Mai ab die zehntündige Arbeitszeit mit einer nochmaligen entsprechenden Lohnzulage einführte.

Die Aufschneiderei der Genossen könnte uns schließlich kalt lassen, wenn man damit nicht eine fortwährende Verächtlichung der christlichen Gewerkschaften verbinden würde. An unsere Kollegen ist es, dem gegenüber für wahrheitsgemäße Aufklärung und Belehrungen zu sorgen, um allen Anfeindungen zum Trost unsern Verband eine immer größere Machtposition zu erobern, aus zum Aus, dem Wegner zum Trotz.

des Kampfes. Für den Ausfall der halben Stunde wurde allgemein eine 20prozentige Lohnzulage bewilligt. Das ist zu wenig, um zu prahlen, speziell angesichts der tönenden Phrasen, die man während des Kampfes gedroschen hat. Doch unsere Genossen wissen sich zu helfen. Nur Lumpen sind bescheiden. Aus der „Landeszeitung“ wird eine 20- bis 25prozentige Lohnzulage gemacht. Damit ist man z. B. in Colmar und Vörsch krebten gegangen. Was für glückliche Perle die Mühlhäuser sind, werden unsere auswärtigen Kollegen denken. Uns soll nicht wundern, wenn letztere in nächster Zeit massenhaft nach Mühlhausen strömen, um sich in diesem „Edorado“ der Textilindustrie niederzulassen. Der Artikelschreiber im „Textilarbeiter“ gibt sich indes mit etwas weniger zufrieden. Nach ihm sind allgemein 10% Lohnerhöhung bewilligt worden. So sehr wirs den Arbeitern gönnten, wir möchten auch dies als Gelingen bezeichnen. Die allgemein zugestimmte Lohnzulage beträgt 5%. Tatsache ist nur, daß die Firma Frey u. Cie. vom 1. Mai ab die zehntündige Arbeitszeit mit einer nochmaligen entsprechenden Lohnzulage einführte.

**Aus dem westlichen Münsterlande.**

An der Bahnstrecke Dortmund-Enschede, in der nordwestlichsten Ecke des Münsterlandes, wo die Provinz Hannover sich von Westfalen scheidet, liegt 5 Kilometer von der holländischen Grenze Gronau. Gronau ist ein Städtchen von rund 10.000 Einwohnern; vor aber diesen Ort als Durchgangsstation nach dem Innern Hollands gebraucht man, der steht an den dampfenden Schloten und großen Etablissemments, daß die Industrie ihren Siegeszug auch bis in diese unbekante Ecke gehalten hat.

Das freundliche Städtchen selbst hat von der Entwidlung nicht viel profitiert, worauf schon die geringe Einwohnerzahl schließen läßt, die zu der großen Industrie in gar keinem Verhältnis steht. Obgleich elektrische Gasanlagen, Wasserleitung, Schlachthof, Klatschhäuser und sonstige öffentliche Einrichtungen darauf schließen lassen, daß eine weitgehende Stadtverwaltung für Gronau eine große Zukunft erhofft, mußte der letzte Verwaltungsbereich darüber klagen, daß trotz der bedeutenden Entwidlung der industriellen Werte Gronau zurückgefallen sei. Fröhliches, wirtschaftliches Leben und Treiben, das besonders eines gesunden Handwerks- und Detailhandels erkennen läßt, ist in Gronau schwer zu finden. Es scheint, als wenn das Ganze in eine Zwangsjacke gefaßt ist und nicht Licht und Luft bekommen kann.

Der Grund ist in verschiedenen Ursachen zu suchen. Da ist zuerst der den holländischen Lebensverhältnissen zugrunde gelegte Lohnfuß der arbeitenden Bevölkerung, der eine gute Lohnkraft vollständig ausschließt, auf die doch das Wohlergehen und Gedeihen einer Stadt zu allererst begründet ist.

Dann ist es das so nahegelegende Holland, welches tagtäglich an 2000 Arbeiter in die hiesigen Fabriken schickt, die im Jahre gegen 1 Million Mark aus Deutschland bezug aus Gronau heraus in ihr Land tragen.

Sollte man nun meinen, daß die Arbeitgeber diese Schädigung speziell des Mittelstandes in etwa zu beistimmen bemüht wären, so muß man seine Meinung sofort korrigieren, wenn man hört, daß bei Verzögerung von Arbeiten in den meisten Fällen nur holländische Unternehmer oder holländische Handwerker eine Konkurrenz mit den holländischen gewerkschaften nicht oder doch nur sehr schwer aushalten können, weiß jeder, der mit den holländischen Verhältnissen nur ein wenig bekannt ist.

Doch ist es nicht unsere Sache, für die Handwerker aus Gronau, die aus einfach als Angestellter und Dezer bezeichnen, eine Lanze zu brechen; vielmehr interessiert uns die hiesige Arbeiterchaft — die organisationsbedürftige Arbeiterchaft.

Es ist ein weites Gebiet, das für unseren Verband noch erschloßen werden muß. Gronau mit seinen 2000 holländischen und 4000 preussischen Arbeitern, ferner hat eine halbe Stunde entfernte Epe mit

2000, das zwei Stunden entfernte Dhrup mit 2000, Gildenhuis mit mehreren hundert Arbeitern, jedoch in einem Umkreis von drei Stunden etwa 10.000 Arbeiter organisationsfähig sind.

Organisation, Gewerkschaft — wie genau es dem Unternehmer, wenn er dieses Wort hört. Er, der allezeit der alleinige Herr in seiner Fabrik gewesen ist, der sich bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nie hat von zweiter oder gar dritter Seite hat dreinreden lassen, er wird nervös, wenn er denkt, daß es vielleicht anders werden könnte. Er hat immer „mit seinen Arbeitern gut auskommen können“, er hat immer „ihre Klagen auf ihre Verrechtigung geprüft“ und nach seiner Meinung immer gerecht verfahren, und jetzt sollte — nein er will es nicht, das ist maßgebend für ihn und auch für seine Arbeiter. Sie haben es schon einmal gewagt, sich der christlichen Gewerkschaft anzuschließen, aber den Unternehmern gelang es, die Organisation wieder zu unterdrücken.

Drei Jahre sind seitdem ins Land gezogen. Das Feuer der christlichen Gewerkschaften schlägt seine Funken bis in die dunkelsten Ecken.

Ein fleißiges Perzentum hat einer vorwärtsdringenden Arbeiterschaft Konzessionen machen müssen. Wo die zum Frieden mahnende Anführung nicht hat helfen können, da hat die Macht das gerechte Wollen der Arbeiter zum Siege gebracht, und auf den Ruinen des Absolutismus ist eine gerechte Konstitution entstanden.

Auch in Gronau und seiner industriellen Umgebung ist der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation wieder lebendig geworden. Bei den Arbeitern und Unternehmern hat die Entwidlung in den letzten Jahren einen Umbruch in den Anschauungen gebracht. Kommt derselbe bei den Arbeitern in einem größeren Drange nach Selbständigkeit und Freiheit zum Ausdruck, so scheint von den Unternehmern kein ernstlicher Versuch mehr gemacht zu werden, die Gewerkschaft zum zweiten Male wieder zu erschlagen.

Ganz gewiß wäre aber auch, daß heute das Umgekehrte von damals eintreten würde. Der Drang nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß liegt eben zu sehr in der Natur des Arbeiters begründet, als daß derselbe auf die Dauer mit Gewalt zurückgehalten werden könnte.

Allerdings ist auch heute noch ein Urtum von Hindernissen zu durchdringen; aber durch unermüdliche Arbeit ist es uns gelungen, eine Lichtung zu schlagen, die einen freien, offenen Ausblick gewährt.

Auch scheint die Behörde unserer Sache nicht allzumühevollend gegenüber zu stehen. Es könnten verschiedene Beweise gebracht werden, daß dieselbe die Ansicht des Staatssekretärs Posadowsky ganz und gar nicht teilt.

Trotzdem geht es vorwärts, zwar nur ganz langsam, aber doch sicher. Das beweist auch, daß die hier arbeitenden Holländer mit Ausdauer für Einführung einer Organisation bemüht sind. Wohl treten die eigenartigen holländischen Verhältnisse noch hindernd in den Weg, aber trotzdem deutet alles darauf hin, daß die holländische „Faktororganisation“ hier an der Grenze stehen muß. Deutsche Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben unsere holländischen Kollegen immer mit Argusaugen beobachtet; beide setzen darauf ihre Hoffnungen; natürlich beide im entgegengesetzten Sinne.

So beginnt auch der harte Boden des westlichen Münsterlandes den Samen der christlichen Gewerkschaftsorganisation aufzunehmen. Aufklärung unter die hiesigen Arbeiter zu bringen, ihr Standesbewußtsein zu wecken, ist eine unierer vornehmsten Aufgaben. Es heißt, diese slavische Furcht vor dem Unternehmer von dem Arbeiter zu nehmen und ihn zum freien Menschen zu erziehen, wozu ihn das Christentum berufen hat. Der katolische Arbeiterverein (ein evangelischer besteht leider nicht) hat hieran seit einem Jahre unermüdlich gearbeitet. Allerdings, die Arbeit ist schwer. Man muß nämlich wissen, daß ein großer Teil der Arbeiter auswärtige Holländer sind, von denen ein großer Prozentsatz zu den Analphabeten zählt. Man muß ferner wissen, daß die anfängliche Presse über Arbeiterfragen rein gar nichts gebracht hat, wohl aber hat dieselbe vor Jahren einen verächtlichen Krieg gegen uns geführt.

Wir arbeiten weiter, unbeteiligt ob all der Angriffe von links und von rechts. Wir wollen keinen Kampf; unsere Arbeit soll dem Interesse unserer ganzen Aktion dienen. Dieses Bewußtsein gibt uns Kraft und Mut, auch das Schwerste zu überwinden. Unsere Sache ist gerecht und darum unser der Sieg — trotz alledem.

**Wer betreibt Arbeiterverrat?**

Unter dieser Überschrift sendet uns ein Verbandsmitglied aus Aachen folgendes:

Diese Frage beantwortet die sozialdemokratische Presse einfach dahin: Die christlichen Gewerkschaften betreiben Arbeiterverrat. In Aachen soll der christliche Textilarbeiterverband seine Mitglieder dadurch verraten haben, daß er seine Mitglieder von der Firma Meyer anwies, unter für sie und die ganze Aachener Arbeiterschaft günstigen Bedingungen den Streik zu beenden. Demnach wäre nach sozialdemokratischer Logik das Verbot des Arbeiterverrats für eine Gewerkschaft dann gegeben, wenn sie eine Aussperrung der Arbeiterschaft zu vermeiden sucht. Und doch haben wir in der Gewerkschaftsbewegung Beispiele dafür, daß Gewerkschaften die Arbeiter durch eine Aussperrung auf das Schrecklichste verraten. Kann ein Gewerkschaftsführer vielleicht einen effizienteren Arbeiterverrat begünstigen, als die Arbeiter durch Lügen und Schwändeln in eine Aussperrung zu treiben, wenn er in voraus weiß, daß die Lage der Arbeiter dadurch verschlechtert wird? Kann es einen erbarntlicheren Arbeiterverrat geben? Nun, einen solchen Arbeiterverrat hat der „deutsche“ Textilarbeiterverband in Thüringen geübt. Bei Beginn der Aussperrung wußten die Führer, daß die Arbeiter unterliegen mußten, weil sie durch die Hungerpreise wieder in die Fabriken getrieben würden. Nicht genug damit, daß die Führer durch Verschweigen der Wahrheit die Arbeiter verraten, griffen sie zu dem schändlichsten Mittel, dessen sich ein Gewerkschaftsführer überhaupt bedienen kann: sie versprachen dem hungernden Volke Brot und gaben ihm Steine. Durch direkte Lügen wurden die Arbeiter bewogen, den Kampf fortzusetzen. Die Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes luden den Arbeitern vor, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft sie unterstützen werde, obwohl — wir zitieren hier wörtlich das vernichtende Urteil der sozialdemokratischen „Münsterischen Volkszeitung“ — man an maßgebender Stelle genau wußte, daß der Kampf abgebrochen werden müßte, weil die Unterführung absolut nicht gesichert war. Dieser schmähliche Arbeiterverrat erinnert an ein Vorkommnis aus der römischen Kaiserzeit. Der hebräische Kaiser Nero versprach dem hungernden römischen Volke ganze Schiffsladungen Brotes, und anstatt des Brotes enthielten die antoninischen Schiffe Sägemehl.

Für die Handlungsbeweise der Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes sind die schwersten Vorwürfe herabzujagen, schrieb selbst das Organ der dortigen Genossen. Demgegenüber dürfte der Vorkommnis des Arbeiterverrats immerhin noch als gelinde zu gelten haben. Eine treffende Illustration ersah hier dieser Arbeiterverrat dadurch, daß ein Arbeiter dieser Arbeiterverrat am hellen Tage auf offener Straße, einen großen Strid in der Hand haltend, erklärte, er wolle den „Verliner“ hängen.

Einem noch weit schlimmeren Judenreich wollten die „Genossen“ in Aachen ausführen. Hier galt es doch für die Herren Schreihals und Konstanten, die Verbejierung der Lage der Aachener Arbeiterschaft zu hintertreiben. Zu diesem Zwecke mußten die elchischen Mittel herhalten. Da behauptete Herr Feinhals, daß der „deutsche“ Verband instande wäre, die Aussperrten über Wasser zu halten. Selbst die Unorganisierten wollten der „deutsche“ Verband unterstützen. Es ging dem Herrn Schreihals nur darum, die Meyerischen Arbeiter solange aus der Fabrik zu halten, bis die Aussperrung verjelt war. Die „deutschen“ Judenprovozieren die Aussperrung, obgleich die beiden Verbände (christlicher sowohl wie deutscher) noch nicht die Hälfte des Geldes bejahen, welches nach der Meinung des „Genossen“ Schreihals zur Führung eines solchen Kampfes notwendig war. Bei Beginn der Aussperrung hatte der christliche Verband 140.000 Mk. Kasassenvermögen, der „deutsche“ Verband noch 30.000 Mk. weniger, etwa 110.000 Mk. Mit diesen Summen wollte Feinhals den Arbeitgeberverband an den Boden rufen, die Arbeiterschaft zum Siege führen.

Aber in keinem blinden Fanatismus hat sich Feinhals selbst den Strid gedreht in Gestalt eines Flugblattes: „An die Textilarbeiter und Arbeiterinnen.“

Das Subelwerk ist nicht wert, widerlegt zu werden. Nur einige Stellen besonders großen Volksbetruges wollen wir daraus festmageln. Es heißt da:

„Kollegen und Kolleginnen! Weiter habt Ihr aus dieser Bewegung gelernt, daß Eure bisherigen Führer, die sich „christlich“ nennen, Euch in der Not schmählich im Stich gelassen, ja, noch mehr,

**Englische Briefe.**

(Von G. R. Sch.)

Das englische Gewerkschaftswesen ist in dem Sinne und Schritt vor und eingehend behandelt worden. Dem man indessen den Verhältnissen besonders näher tritt, so erklärt man naturgemäß ein viel Lärmen sich. Die englischen Gewerkschaften unterscheiden sich von unseren deutschen Berufsorganisationsvereinigungen durch drei Punkte:

- 1) Kennen die Engländer keine geschiedenen, durch prinzipielle Gegenstände getrennte Forderungen. Im Grunde genommen ist es den englischen Gewerkschaften bekannt, daß wir in Deutschland die drei bekannten Forderungen haben. Die gesamte organisierte Arbeiterwelt Englands — so darf man wohl sagen — betrachtet das Gewerkschaftswesen mit seiner Aufgaben von rein mündlichen, im humanistischen Geisteswissenschaften. Selbst diejenigen Arbeiterführer, welche Anhänger des Sozialismus sind, haben sich innerhalb (und auch außerhalb) der Gewerkschaftsbewegung vor unerbittlichen Forderungen und Prinzipien und die Christlichen „Genossen“. Sie schränken sich meist mit der Verantwortung für ihre Forderungen auf das rein politische Gebiet, sie operieren mit jehlichen Argumenten.
- 2) Die eigentliche englische Gewerkschaftsbewegung ist in der Hauptsache nicht radikal, sondern ist in dem jeweiligen Verhältnissen entsprechend in ihrer Richtung nur beschränkt, politische Schritte zu tun. Sie ist nicht allwissend, als ob sich in unserer Zeit auch eine Streikbewegung auf den — übrigens verhältnismäßig wenigen — sozialistischen Forderungen mehr und mehr bemüht. Die Gewerkschaften zu politischen (sozialistischen) Organisationsvereinigungen umzugestalten. Die Welt ist damit nicht hat, was die Zukunft zeigen, möglich ist allerdings, daß es ungelöst bleibt auf die Dauer auch zu

einer grundsätzlichen Spaltung kommt. Damit hat es voranschrittlich aber noch gute Wege — bei der eigenartigen Charakter-Beimischung der Engländer. Diese suchen im allgemeinen auch gegenseitige Anfeindungen und ihre Verteidiger, alle revolutionäre Phantasieerei aber ist ihnen auch als Arbeiter ein Strauß.

3) Die englischen Gewerkschaften sind keine Zentralorganisationen nach deutscher Art, vielmehr erstrecken sich die meisten Verbände nur auf abgegrenzte Industriezweige. Nur ganz wenige Organisationen, z. B. der Gewerkschaft der Maschinenbauer, machen von dieser Regel eine Ausnahme. Oft sind zwar die benachbarten und gleichartigen Berufsorganisationen mit einander durch eine Art Kartellsystem verbunden, ohne jedoch ihre Selbständigkeit auch nur im geringsten preisgegeben zu haben. So bilden beispielsweise die vier britischen Bergarbeiterverbände eine gemeinschaftliche „Föderation“.

4) Eigentliche Industrieverbände der Arbeiterexistieren nicht, vielmehr ist der Vertriebsbereich der einzelnen Berufsstände bis zum höchsten Maß durchgezogen. In der Textilindustrie z. B. sind verschiedene Organisationen der Baumwollspinner, der Spinnerei-Verwalter, der Baumwollwäcker, des Woll resp. Zwirnweber usw. vorhanden. In der Metallindustrie sind neben den eigentlichen Berufsverbänden die Preisverarbeiter, Holzverarbeiter, Selbstmetallarbeiter usw. getrennt organisiert.

Die Gewerkschaften nach Bezirken und Spezialberufen hat gewiss ihre Nachteile, indessen bei den englischen Verhältnissen auch Vorzügen. Man denke an die Anwesenheit der hochentwickelten Sozialisten für die einzelnen Bezirke.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in England viel mehr organisiert als in Deutschland. Insgesamt gehören den Trade Unions 1.900.000 Mitglieder an, von welchen nur rund 750.000 oder 40 Prozent der „Föderation“ angeschlossen sind. Die gewerkschaftliche Presse ist in England viel weniger zentralisiert als in Deutschland. Während hier alle größeren Organisationen ihr Verbandsorgan wöchentlich herausgeben und dasselbe allen Mitgliedern unentgeltlich zufließen, erscheint die Zeitschrift des jetztgenannten der englischen Trade Unions, des Maschinenbauerverbandes mit rund 100.000 Mitgliedern, monatlich einmal und nur in einer Auflage von 23.000. Die Beiträge werden bei den englischen Gewerkschaften meistens in den Versammlungen entrichtet, während die deutschen Gewerkschaften unbedeutend zu ihren Mitgliedern senden, um die Verbandsgelder zu sammeln und die Beiträge einzulagern. Der Idealismus ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ungleich größer als in der englischen.

**Gewerkschaftsbeamte.**

Es ist bei den englischen Trade-Unions nicht leicht, freigestellter Beamter zu werden. Alle, auch die Lokalsekretäre haben ein Examen zu bestehen. Sie müssen eine schriftliche Arbeit liefern und sich außerdem einer mündlichen Prüfung unterziehen. Bei diesem Examen handelt es sich jedoch weniger um volkswirtschaftliche bezw. sozialpolitische Fragen, vielmehr müssen die Kandidaten schriftlich auf der Höhe sein, etwas Redo talent besitzen (Brandreden halten ist nicht notwendig), vor allem aber sind jachmännliche Kenntnisse über die Kalkulation und vor allem das Lohnliefenwesen erforderlich. Wer das beste leistet, erhält die Stelle. Der Generalsekretär der Lancashire Spinner, Marsland, hat neben einer — später in Broschürenform erschienenen — schriftlichen Arbeit ein dreitägiges mündliches Examen bestehen müssen.

Die Reutwahl resp. Betätigung der Gewerkschaftsbeamten erfolgt natürlich in gewissen Zeitperioden. Wer jedoch einmal freigestellt ist und seine Pflicht tut, kann stets mit Sicherheit auf Wiederwahl rechnen. Die Gehälter der Beamten sind im allgemeinen höher als bei den deutschen Gewerkschaften.

Bei den Unternehmern sind die Gewerkschaftsbeamten durchweg hoch angesehen. Den Verkehr derselben mit den Arbeitgebern und den Sekretären der Unternehmervorgeschäftigen muß man gesehen haben, um die freundschaftliche, ja herzliche Art derselben glauben zu können. Ein Gewerkschaftsbeamter in Manchester jagte der Kommission: „Die Arbeiter verstehen es ausgezeichnet, sich die besten Leute an ihrer Spitze zu wählen.“ Und in weiteren Verlaufe der Unterhaltung erklärte der Unternehmer: „Es habe sehr große Nähe gefolgt, die Spinnereibetriebe für Manchester zusammenzustellen. An ihrem Zustandekommen habe der Gewerkschaftssekretär, der ein ausgezeichnet Mann sei, ein hervorragendes Verdienst.“ Man glaube ja nicht, daß

Guch wehrlos unserer gemeinsamen Feinde, dem Kapital, in die Arme zu liegen...

Kumpfer ist wohl noch nicht gegeben worden, als es hier geschäft. Wehrlos sei der christliche...

Dem christlichen Verband werfen die Genossen Arbeiterverrat vor, weil er nicht freventlicher Weise...

Dießmal sind die „Genossen“ aber in ihrem Drogenjumpf erstickt, als elende Volksträger haben...

„Nein, wir sagen: Das erfordert die finanzielle Ohnmacht der „Christlichen“ Bewegung, die diesmal...

Offensichtlicher konnte der Arbeiterverrat und die Vereidungspolitik der „Genossen“ nie zutage...

Es erübrigt sich, auf den ungeheuerlichen Volksbetrug hinzuweisen, der in diesem Doppelspiel liegt.

Auf die Unterfütterung seitens der ganzen deutschen Arbeitererschaft wagten die Nachener Genossen...

Dießmal wagten es die „Genossen“ nicht, offener zu sprechen, weil sie beschränkt mußten, die Thüringer Geister herauszubehämmern.

Wir eruchen unsere Kollegen, sich dieses Denkmals der Schande der „Genossen“ gut aufzuheben und...

Gewerkschaftliche u. soziale Ländchen

Der VI. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands findet am 22. Juli und die folgenden Tage in Breslau statt.

- Tageordnung: 1) Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes. 2) Die Betätigung der Ortsstellen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung...

dieses Urteil nur vereinzelt dasche. Alle Unternehmern, mit denen die Kommission in Verbindung kam...

Der englische Gewerkschaftsbeamte ist aber auch durchweg ein Mann der kühlen Ueberlegung, der Ruhe und Sachlichkeit...

Trotz des demokratischen Juges, der den englischen Gewerkschaften unverkennbar anhaftet, ist bei allen wichtigen Entscheidungen...

Streiks zu inszenieren oder ausbrechen zu lassen wegen Kleinigkeiten, wegen individueller Einzelfälle, dafür hat der Engländer gar kein Verstandnis.

Die gewerkschaftliche Agitation unter den Arbeitern. Referent: Dr. H. J. G. Hoffmann.

Der Bescheid des Kongresses durch Delegierte werden alle christlichen gewerkschaftlichen Verbände aufgefordert.

Obese sind Anträge bis spätestens 30. Juni an die gleiche Adresse einzureichen.

Ein offenes und mannhaftes Bekenntnis zur christlichen Gewerkschaftsbewegung finden wir in einer der letzten Nummern der „Reformation“...

Was die Arbeiter in sozialer und politischer Hinsicht erstreben sollen, das darf ihnen die Kirche nicht vorschreiben.

Es ist besonders bezeichnend, daß diese Zeilen aus der Feder des Herausgebers selbst, Pastor Bunte, stammen.

Gegen „Tarifverträge“

In unabweisbarer Weise hat die dritte Konferenz der „Freien Vereinigung der Tischler Deutschlands“...

„Deshalb erachtet es die dritte Konferenz für falsch und dem Vorkampfstreben des Proletariats direkt hinderlich, wenn durch Untertänigkeits-

Sozialdemokraten als Arbeitgeber

In Augsburg hat jüngst im Schuhmachergewerbe eine Lohnbewegung stattgefunden, bei der sich wieder einmal herausstellte, welchen unbilligen Standpunkt Sozialdemokraten einnehmen...

an den Tag legen, ist Himmelweit entfernt von dem propheten Herrenstandpunkt so vieler Unternehmern in Deutschland.

Wie die Kommission aufgenommen wurde?

Die Engländer der deutschen Studentenkommision war durch die Gesellschaft für soziale Reform in dankenswerter Weise nach Möglichkeit vorbereitet.

Bei den Gewerkschaftssekretären war das Gegenüberkommen gleich freundlich, nur darf nicht verschwiegen werden, daß es da im Anfang einige Schwierigkeiten gab.

in den gemeinsamen Verhandlungen waren, dann hätte er gesagt: „Diese Herren bleiben draußen, wir verhandeln mit den Arbeitern allein...“

Arbeiter als Arbeitgeber

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen (sozialdemokratischen) Holzarbeiterverbandes hatte kürzlich der Generalversammlung eine neue Gehaltsregelung...

„Es ist bescheiden, daß einzelne Parteigänger auf diese Entwicklung der Dinge in den freien Gewerkschaften nicht ganz ohne Einfluß gewesen sind.“

Lehnbewegungen und Arbeitsfreiheiten

Die hiesige Firma: „Rheinbacher Textilwerke“ hat seit Montag den 7. Mai er. die 10-stündige Arbeitszeit eingeführt.

Aus dem Verbandsgebiete

Ugenbach. Am 28. April fand in Ugenbach eine Fabrikerversammlung für die in der Baumwollspinnerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

etwas aus der Eisenindustrie und dem Bergbau

Nachdem in Manchester die deutsche Studienkommission Aufschlüsse über die Textilindustrie erhalten hatte, galten als nächstes Reiseziel die Eisen- und Kohlenindustrie.

in Manchester weigerten sich aus den oben angegebenen Gründen anfangs, die Kommission überhaupt zu empfangen.

wecheln und auch ein Bad nehmen, vorteilhaft abfließen. Auch sind hier im Gegensatz zu dem rheinisch-westfälischen Bergbau mit dem Sortieren des Kohle bezw. mit dem Auslesen der Steine noch Arbeiterinnen beschäftigt.

Ueber die Eisenindustrie wurden in Middleborough, Newcastle und Glasgow Erkundigungen eingegeben. Es fanden mehrtägige Konferenzen statt bei den Sekretären der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen...

an und versprochen, nach Kräften für die Stärkung der Ortsgruppe tätig zu sein.

Wamburg. Schon lange war es der Wunsch vieler Arbeiter und Arbeiterinnen der „Weberei und Spinnerei Wamburg-Königsfeld“, ein Gewerbegericht zu erhalten...

Wir glauben auch, wenn man anstatt Spinn- und Webermeister mehrere Arbeiter noch zugezogen hätte, die ein offenes Wort sich zu sagen trauten, daß die Abstimmung anders ausgefallen wäre.

Wohlfahrt

Eine sonderbare Rolle spielt der „alleinberechtigte“ und „alleinbesetzte“ „deutsche“ Textilarbeiterverband in unserer Stadt.

Auf unser Verband die christlich gesinnten Arbeiter zu einer Belegschaftsversammlung zusammenzuführen werden etwa zu diesem Zwecke gedruckte Zettel an die Arbeiter verteilt...

wecheln und auch ein Bad nehmen, vorteilhaft abfließen. Auch sind hier im Gegensatz zu dem rheinisch-westfälischen Bergbau mit dem Sortieren des Kohle bezw. mit dem Auslesen der Steine noch Arbeiterinnen beschäftigt.

Ueber die Eisenindustrie wurden in Middleborough, Newcastle und Glasgow Erkundigungen eingegeben. Es fanden mehrtägige Konferenzen statt bei den Sekretären der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen...

Nachdem in Manchester die deutsche Studienkommission Aufschlüsse über die Textilindustrie erhalten hatte, galten als nächstes Reiseziel die Eisen- und Kohlenindustrie. Ueber den Bergbau zog die Kommission Erkundigungen ein in den Distrikten Lancashire, Durham und Northumberland.

